

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 281

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Montag, den 1. Dezember

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitungsbild“ im Wochenbild
„Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“,
„Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Protestnote Deutschlands an den Völkerbund wegen der Vergewaltigung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien während der Wahlen ist in Genf überreicht worden.

* Das Reichswehrministerium erläßt eine Erklärung zur Angelegenheit bzw. der Anzeiger des thüringischen Innenministeriums wegen des Reichsbanner.

* In Italien soll eine allgemeine Kürzung der Löhne und Gehälter durchgeführt werden.

Unter Geschäftsaufsicht.

Staatskommissare als Finanzvormünder deutscher Kommunen sind heute — um einen Vörsenausdruck zu gebrauchen — „stark gefragt und Geld“. Eine ganze Reihe namentlich mitteldeutscher Städte steht schon unter Staatsaufsicht, in den letzten Tagen kamen außerdem noch andere große Städte hinzu und schließlich auch die Hauptstadt des Deutschen Reiches, Berlin.

Man kann lange suchen, ehe man eine deutsche Kommune findet, die nicht unter einem mehr oder weniger beträchtlichen Defizit leidet. Im allgemeinen lehnt man dort trotzdem in den hierfür zuständigen Stadtverordnetenversammlungen die Einführung der Bürger-, Getränke- und erhöhten Biersteuer ab und stößt damit auch recht oft auf die geheime oder offene Zustimmung der Stadtverwaltungen selbst. Durch eine weitere Steigerung der Realsteuern das Defizit decken zu wollen, ist meist nicht mehr zulässig ohne die gleichzeitige Einführung jener anderen Steuern, hat angesichts der Wirtschaftskrise auch nicht den erhofften finanziellen Erfolg, sondern steigert auch nur die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit. Wenn trotzdem die Magistrats- und Bürgermeister vielfach eine solche Steuererhöhung versucht haben, so strichen ihre Stadtverordnetenversammlungen bzw. Stadträte ihnen jene drei Steuern oder zum mindesten die eine oder andere davon, das Defizit war infolgedessen nicht aus der Welt zu schaffen, hier und da wollte man es einfach in das nächste Haushaltsjahr hinüberschieben und inzwischen das Loch mit einem kurzfristigen Kredit zustoßen, wie so auch das Reich es tut. Da heißt es eben frei nach Hamlet: „Der Rest ist der Staatskommissar.“ Und nicht bloß in Preußen, sondern auch in den anderen deutschen Ländern ist er „stark gefragt und Geld“.

Die Situation ist derart, daß es wirklich keinen Zweck mehr hat, sich jetzt um die „Schuldenfrage“ herumzuzanken. Das kostet Zeit und führt zu nichts. Die Realsteuervermehrung ist viel zu hoch, so daß im nächsten Jahre bei der Neueinschätzung dieser Steuern sich der katastrophale Rückgang der Wirtschaft in einem gewaltigen Sinken der Einnahmen namentlich aus den Gewerbesteuern zum Ausdruck bringen wird. Daß die Realsteuervermehrung überhöht ist, man diese Steuerdrücke überdreht hat, wird von den Kommunen ebenso zugegeben wie von den Landesregierungen, aber und trotzdem...!

Die Lasten der Wohlfahrts- und Krisenfürsorge, dazu die Zinsen für die gewaltigen Massen der schwebenden Schulden drücken den Kommunen derartig auf den Nacken, daß sie kaum noch atmen können. Die Einnahmen aus ihren Wirtschaftsbetrieben gehen schnell zurück und selbst die Einführung der Bürger-, der Schanfverehr- und der erhöhten Biersteuer — abgesehen von den vielen, übrigens kaum beachteten Mängeln, die ihnen anhaften — dürften meist nicht im entferntesten genügen, um die Fehlbeträge bei den Gemeinden zu decken; unbedingt soll und muß ihnen aber der Ausweg versperrt werden, ein Defizit im ordentlichen Haushalt nicht durch laufende Einnahmen oder durch Ausgabenverdrängung zu beseitigen, sondern sich mit einem Hinüberschieben in das nächste Haushaltsjahr auszuhelfen. Das heißt die schon jetzt in beträchtlichem Umfang betriebene Schuldenwirtschaft zu gefährlicher Höhe steigern — und es gibt schon mehr als eine deutsche Stadt, die formell „sich an ihre Gläubiger gewandt“ hat! Auf der Einnahmeseite sind bei den Kommunen aber auch deswegen erhebliche Ausfälle eingetreten, weil bei den großen Reichsüberweisungssteuern — Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz-, Bier-, Kraftverkehrs- usw. Steuer — starke Rückgänge erfolgten, so daß auch die auf die Kommunen entfallenden Anteile erheblich eingeschrumpft sind. Gegen das in immer stärkeren Massen heranmarschierende, in absehbarer Zeit auf etwa eine Million angeschwollene Heer der Arbeitslosen, die allein der Wohlfahrtsfürsorge unterstehen, helfen die verzweifeltsten Maßnahmen kaum noch etwas.

Aber durchaus nicht immer und durchaus nicht allein bei den Kommunen liegt die Schuld dafür, daß es nicht mehr weitergeht, daß sie „sich unter Geschäftsaufsicht begeben“. Der Umfang der Pflichten, die ihnen durch die Gesetze, durch Reich und Staat auferlegt sind oder ihnen zwangsmäßig zuwachsen, ist nun viel zu groß geworden, als daß er durch die finanziellen Mittel ausgefüllt werden könnte, die den Kommunen zufließen und die sich einfach nicht mehr vermehren lassen, ohne daß es zu katastrophalen Folgen kommt. Und hierfür die Verantwortung übernehmen konnten und wollten viele Stadtverwaltungen nicht mehr; man darf ihnen wirklich deswegen durchaus nicht etwa überall einen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl vorwerfen. Das gilt auch für die Stadtparlamente. Eine Besserung, hoffentlich eine Heilung dieser schlechten Krankheit kann eben nur erfolgen durch eine grundsätzliche Reform in der Verteilung der Verwaltungsaufgaben, vor allem aber durch eine schleunige Durchführung des neuen, bereits in einem Gesetzesentwurf vorliegenden Finanzgesetzes, der die Not der Kommunen stärker als bisher berücksichtigt.

Die deutsche Protestnote übergeben

Beschwerde über Polen in Genf.

Auf der Januartagung des Rates Verhandlung.

Die dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelte deutsche Note besteht aus vier Teilen: 1. einer kurzen Mantelnote, in welcher der Reichsaussenminister Dr. Curtius beantragt, den Inhalt der deutschen Note auf die Tagesordnung der kommenden Ratstagung am 19. Januar zu setzen; 2. einer eingehenden Darstellung der Vorgänge in Oberschlesien auf Grund des Tatsachenmaterials; 3. der Stellungnahme der deutschen Regierung zu diesen Vorgängen; 4. einem umfangreichen Material. Zwischen dem Generalkonsul und dem Generalsekretär des Völkerbundes ist vereinbart worden, daß die deutsche Note in Genf am Mittwoch veröffentlicht werden wird. Der Generalsekretär des Völkerbundes wird nunmehr unverzüglich die Vorgänge in Oberschlesien auf die Tagesordnung der Januartagung des Rates setzen. Die deutsche Regierung hat den Ratsmächten insgesamt die Note ebenfalls übermittelt.

In der Note werden an Hand umfangreichen Tatsachenmaterials die Gewaltmaßnahmen gegen die deutschen Minderheiten in Oberschlesien dargestellt sowie auf die Beeinträchtigung der Wahlfreiheit und Ungültigkeitserklärungen der deutschen Wahllisten durch die polnischen Behörden hingewiesen.

Aus dem Wortlaut.

In der deutschen Note wird u. a. ausgeführt, daß große Teile der deutschen Minderheit durch willkürliche Maßnahmen von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen worden seien. In etwa 30 000 Fällen sei Angehörigen der deutschen Minderheit wegen angeblicher Unklarheit in der Frage der Staatsangehörigkeit die Ausübung des Wahlrechtes überhaupt unterlag worden. Zur Klärung der Frage der Staatsangehörigkeit sei eine Frist von drei Tagen gesetzt worden, innerhalb deren alle möglichen Unterlagen, die in den meisten Fällen als unzureichend erklärt wurden, beigebracht werden mußten. Durch die von polnischer Seite betriebene Propaganda für eine offene Abgabe der Stimmzettel sei die deutsche Minderheit in der Ausübung des Wahlrechtes stark behindert worden.

Es sei erwiesen, daß ein seit Jahren bestehender folgerichtiger Plan durchgeführt worden sei, der von den polnischen Behörden zum mindesten geduldet wurde. Im Mittelpunkt habe der Aufständischenverband gestanden. Bezeichnend für das enge Zusammengehen des Aufständischenverbandes mit den amtlichen Stellen sei die Tatsache, daß im Ostoberschlesien der Wojwode Vorstandsmitglied dieses Verbandes sei. Bei den Terrorakten der Aufständischen sei entweder überhaupt nicht eingegriffen worden oder so spät, daß der Zweck nicht mehr erreicht werden konnte.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Trennung der Deutschen Bauernschaft vom Bayerischen Bauernbund.

Die Deutsche Bauernschaft teilt mit: Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Bauernschaft hat in seiner Sitzung vom 27. November 1930 beschlossen, sich von dem Bayerischen Bauernbund, der bisher der Deutschen Bauernschaft angehört, zu trennen. Damit scheidet der Vertreter des Bayerischen Bauernbundes innerhalb der Deutschen Bauernschaft, Minister a. D. Prof. Dr. Fehr, aus dem Vorstand der Deutschen Bauernschaft aus.

Anschluß an Preußen in Streilitz.

Die Vorlage des Ministeriums über einen Staatsvertrag betreffend den Anschluß an Preußen wurde nach längerer Aussprache einem neungliedrigen Ausschuss überwiesen. Auch die Vorlage zur Änderung des Besoldungsgesetzes wurde einem Ausschuss überwiesen. Der Gesetzesentwurf zur Änderung des Gemeinde- und Amtsabgabengesetzes wurde endgültig angenommen. Der Landtag verlagte sich auf unbestimmte Zeit.

Frankreich.

Lardieu tritt in Sicht?

Im Anschluß an die Kammerstzung, in der die Finanzstandale (Fall Dufrenoy) der letzten Zeit zur Debatte standen, die schon wieder ihr Opfer in dem Rücktritt zweier Unterstaatssekretäre forderte, erzielte die Regierung, als sie die Vertrauensfrage stellte, nur die geringe Mehrheit von vierzehn Stimmen. Man spricht ganz offen von dem bevorstehenden Rücktritt des Premierministers Lardieu.

Russland.

Der Prozeß gegen die Industriepartei und Frankreich.

Der Oberste Staatsanwalt, Krylenko, beantragte im Prozeß gegen die sog. Industriepartei, die Beziehungen zwischen der Verschwörerorganisation und Poincaré festzustellen. Er erklärte, daß er dem Gericht die „Christliche“ zur Verfügung stellen werde. Man nimmt an, daß er auch die Namen der Agenten des französischen Generalstabes in Moskau, die bisher mit R. und A. bezeichnet wurden, bekanntgeben werde. Der Präsident der russischen Handelsvereinigung in Paris, Denisow, erklärt in den Zeitungen, daß er den Angeklagten Ramin niemals gesehen habe und daß alle Behauptungen über Abmachungen oder auch nur über Besprechungen erfunden seien. Der „Matin“ verlangt aufs neue den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland, da die beleidigende Poincaré und Briand nicht geduldet werden könnte.

In dem die Terrorakte behandelnden Teil der deutschen Note sind nur die besonders trassen Beispiele herausgegriffen worden, darunter die Vorfälle in Nikolski, in Sorau, in Oberwiltschen und Hohenbirken. In der deutschen Note nicht erwähnt ist die unendlich große Zahl von Fällen, in denen Drohbriefe an Mitglieder der deutschen Bahngemeinschaft verfaßt wurden, die zum Teil portofrei mit dem Stempel des Aufständischenverbandes eintrafen. Die deutsche Regierung protestiert zum Schluß nicht nur im Namen des Rechtes, sondern auch der Menschlichkeit und bittet, der Völkerbund möge dafür Sorge tragen, daß die entsprechenden Minderheitschutzbestimmungen auch in der Weise durchgeführt würden, wie das vorgesehen sei.

Massenproteste der gesamten oberschlesischen Bevölkerung.

Der Sonntag stand im Zeichen einmütigen Protestes der gesamten Bevölkerung Oberschlesiens gegen den polnischen Terror. In Gleiwitz, Ratibor und Oppeln fand sich am Sonntag die deutsche Bevölkerung zu vielen Tausenden zusammen, um in eindrucksvollen Massenkundgebungen noch einmal öffentlich gegen die ungeheuerlichen Vorfälle in Ostoberschlesien zu protestieren.

Bei der Kundgebung auf dem Gleiwitzer Ringe gab der frühere Abstimmungs-Kommissar, Rechtsanwalt Raffante, einen Rückblick auf das Schicksal Oberschlesiens seit Kriegsende bis zur Teilung des oberschlesischen Abstimmungsgebietes. Nicht Moral und Recht, sondern Gewalt und Rechtsbeugung hätten an der Wiege des abgetrennten Oberschlesiens Pate gestanden.

In Ratibor gab Reichstagsabgeordneter Prälat Wiskra vor etwa 10 000 Personen der Stimmung der Bevölkerung Ausdruck. Das Maß der Ungerechtigkeit, Unmenschlichkeit und Grausamkeit auf Seiten der Polen, das Maß der Geduld und Langmut auf Seiten unserer leidenden Brüder und Schwestern sei voll. Schleunigste wirksame Abhilfe tut not. Von der deutschen Regierung erwarte man mit Bestimmtheit, daß sie den nunmehr eingeschlagenen Weg unbeirrt weiter verfolge. Ihr nächstes Ziel müsse sein, der deutschen Minderheit in Polen erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen.

Auch die Oppelner Kundgebung war aus allen Bevölkerungsteilen stark besucht. Stadtverordneter Polizei-Schulrat Raboth erinnerte an den deutschen Abstimmungssieg in Oberschlesien im März 1921, der auf Grund polnischer Lügen gefälscht worden sei, so daß es zu dem jedem Deutschen unverständlichen Genfer Spruch kam, der deutsches Land

Nordamerika.

Internationale Streitigkeiten.

Präsident Hoover hat durch die Ankündigung, daß er dem Senat die Vorlage über den Beitritt Amerikas zum Haager Weltfriedensgericht zuweisen werde, einen starken Konflikt wachgerufen. Hoover hat scharf ablehnende Erklärungen führender republikanischer Politiker hervorgebracht. Schon wenige Stunden nach Bekanntgabe der Absicht des Präsidenten verkündete der Führer der republikanischen Gruppe im Senat, Madison, daß er diese Aktion Hoovers, dem er bisher unbedingt gefolgt sei, nicht mitmachen könne, weil er ein Gegner des Völkerbundes sei. Amerikas Beitritt zum Weltfriedensgericht wäre aber nichts anderes als ein Eintritt in den Völkerbund durch eine Hintertür.

Aus In- und Ausland

Berlin. In Nowawes ist es zu schweren Angriffen von Kommunisten auf Polizeibeamte gekommen. Sieben Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe verletzt. Der neunzehnjährige Kommunist Karl Gahmann wurde von einem Schupo-Beamten angeschossen und erhielt einen schweren Bauchschuß.

Königsberg (Preußen). Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik die Zeitung „Die schwarze Fahne“ auf die Dauer von drei Monaten, und zwar vom 1. Dezember 1930 bis zum 28. Februar 1931 einschließend verboten. „Die schwarze Fahne“ ist das Organ der ostpreussischen Bauernbewegung.

Düsseldorf. In der Gasse und am Pressehaus kam es zu schweren Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf vier Kommunisten und drei Nationalsozialisten so schwer verletzt wurden, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Essen. Wie man erfährt, hat der Zeichenverband die bestehenden Lohn- und Gehaltsstarife für den Bereich des rheinisch-westfälischen Steinkohlenreviers zum 31. Dezember gekündigt.

London. In Montevideo haben die uruguayischen Arbeitervereinigungen den Generalstreik erklärt.

Kopenhagen. Auf ausdrückliches Verlangen des Kopenhagener Polizeipräsidenten hat der Kopenhagener Studentenverein Dr. Gøbbels, der in dem Verein einen Vortrag halten sollte, telegraphisch abgelehnt. Bei der Beratung in dem Studentenverein trat der Sekretär des Vereins, der Dr. Gøbbels in Deutschland besucht und ihn zu dem Vortrag gebeten hatte, zurück.

Rom. Die beiden Diplomlandwirte, die sich vor dem Sondergerichtshof zum Schutze des Staates wegen kommunistischer Betätigung zu verantworten hatten, sind zu je fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden.

New York. Nach einer Meldung der Zeitung „American“ aus Washington haben die amerikanischen Bankiers nach eingehenden Besprechungen mit den maßgebenden Regierungskreisen die Übernahme einer italienischen Anleihe in Höhe von 100 Millionen Dollar abgelehnt.

Ein Bruch feierlicher Verpflichtungen.

Der Reichswehrminister über das Abrüstungsproblem.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter äußerte sich Reichswehrminister Gröner über das Abrüstungsproblem u. a. wie folgt: Heute wird in der Welt mehr Geld für Rüstungszwecke ausgegeben als vor dem Kriege. Allein in Europa hat sich die Zahl der unter Waffen stehenden Männer

um 500 000 Mann erhöht.

Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten haben allein abgerüstet. Unter den Augen der internationalen Kontrollkommission ist die uns auferlegte Entwaffnung restlos durchgeführt worden. Sechsz Millionen Gewehre und Karabiner, 130 000 Maschinengewehre, 60 000 Geschütze, 15 700 Flugzeuge, 547 Flugzeughallen, 30 Luftschiffhallen und eine Unmenge Munition wurden zerstört oder ausgeliefert. Sämtliche modernen Waffen mußten abgeliefert werden. Alle Festungen im Westen sind geschleift. Die Organisation der neuen Wehrmacht ist auf das Genaueste bestimmt worden. Deutschland ist das einzige Land, dem eine Entmilitarisierung der Grenze aufgezwungen worden ist. Was ist nun aus der im Versailler Vertrag und in der Völkerbundfajung

verbrieften Abrüstung

geworden? Die Regierungen einzelner Länder erfinden immer neue Vorwände, um weiter aufzurüsten und die Abrüstung zu sabotieren. Deutschland verfüge, so heißt es, über ein „potentiel de guerre“, durch das das deutsche Heer der französischen Armee gleichwertig werde. Wie kann sich unsere Industrie auf den Bau von Kriegsmaterial umstellen, wenn diese Umstellung ohne jeden Schutz vor den hochgerüsteten Armeen Frankreichs und seiner Verbündeten erfolgen müßte? In Deutschland sind so viel Fabrikbetriebe zerstört oder umgestellt worden, daß die Herstellung von Kriegsmaterial unmöglich

ist. Man hat weiter behauptet, daß die Sicherheit Frankreichs bedroht sei, da die laudierenden Berufssoldaten den kurzdienenden Wehrpflichtigen überlegen seien. Die Deutschland aufgezwungene Form der neuen deutschen Wehrmacht soll nun ein Beweis der

Gefährlichkeit deutscher Rüstungen

sein. Das Reichsheer verfügt über keine Kampfwagen, über keine schweren Geschütze; auch kann es sich nicht aus Reserven ergänzen. Seitdem die Völkervereinigung bestätigt hat, daß Deutschland entwaffnet sei, bringt man Behauptungen über angebliche deutsche Geheimrüstungen, ohne zu sagen, worin diese eigentlich bestehen. Man führt als Beweis den hohen Wehretat an, obwohl uns im Versailler Vertrag das teuerste Wehrsystem aufgezwungen worden ist. Während Deutschland keine Ausgaben für die Landesverteidigung herabgesetzt hat, weisen die Rüstungsausgaben der Nachbarländer eine starke Erhöhung auf. Frankreich hat im letzten Jahr dreimal soviel für seine Landesverteidigung aufgewendet als Deutschland. Wenn Frankreich unter diesen Umständen erklärt, es könne noch nicht mit einer fühlbaren Abrüstung beginnen, so bedeutet das den

Bruch feierlicher Verpflichtungen.

Dem unerträglichen Mißverhältnis der Rüstungen innerhalb Europas muß ein Ende gemacht werden.

Finanzreform durch Notverordnung!

Baldiger Erlaß bevorstehend.

Reichsminister Brüning teilte in seinen Besprechungen mit den Parteiführern, dem preussischen Ministerpräsidenten Braun und dem Führer der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums, Dr. Heß, diesen mit, daß er nunmehr die Absicht habe, die Finanzreform durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Mit dem baldigen Erlaß der Notverordnung kann also jetzt gerechnet werden.

Preissenkungen bei der Reichsbahn.

Zeittarife, Lebensmittel- und Kohlenarife. In den Preissenkungsverhandlungen zwischen Reichsregierung und Reichsbahn ist über eine Ermäßigung wichtiger Eisenbahnarife Übereinstimmung erzielt worden. So werden die Preise der Arbeiterwochenarifen, Kurzarbeiterwochenarifen, Monats- und Teilmonatsarifen sowie Schülermonatsarifen gesenkt. Der Vorortverkehr fällt, soweit für ihn schon ermäßigte Sätze bestehen nicht hierunter.

Im Güterverkehr

wird die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln fruchtlich erleichtert, u. a. werden für Karosfeln nun auch die Sätze für Wagenladungen ermäßigt bezogen für Getreide, Mehl und Qualitätsleier. Entsprechend seiner Bedeutung für die Fleischversorgung der Bevölkerung wird auch der Eierarife gesenkt. Für alle bereits im Notarife enthaltenen Lebensmittel wird eine Ermäßigung für fünf- und Zehn-Tonnen-Ladungen gewährt. Zur Senkung der

landwirtschaftlichen Produktionskosten

wird auch eine Reihe von Düngemitteln in die Frachtfenken einbezogen. Im Kohlenversand werden für bestimmte Empfangsgebiete Ermäßigungen durchgeführt. Diese gelten ab 1. Dezember, die übrigen Ermäßigungen werden in kürzester Frist in Kraft gesetzt, sobald die mit ihrer Einführung verbundenen Arbeiten abgeschlossen sind.

Thüringen und das Reichsbanner.

Erklärung des Reichswehrministeriums.

Im Demokratischen Zeitungsdienst wird im Zusammenhang mit den Maßnahmen des thüringischen Innenministers gegen eine Ortsgruppe des Reichsbanners gesagt, es verdiene bemerkt zu werden, daß das Reichswehrministerium es sich bisher stets habe angelegen sein lassen, bei Anzeigen wegen angeblicher militärischer Übungen von Wehrverbänden ein Strafverfahren wegen Landesverrats gegen den Anzeiger zu beantragen.

Das Reichswehrministerium erklärt hierzu: „Es trifft nicht zu, daß das Reichswehrministerium bei Anzeigen wegen angeblicher militärischer Übungen von Wehrverbänden ein Strafverfahren gegen den Anzeiger wegen Landesverrats beantragt habe. Anzeigen sind nur dann erfolgt, wenn fälschlicherweise behauptet wurde, daß die Reichswehr an angeblichen militärischen Übungen führend oder mit Truppen beteiligt gewesen sein soll.“

In diesen Fällen ist auch nicht Anzeige wegen Landesverrats, sondern wegen versuchten Landesverrats gestellt worden, weil durch die Behauptungen der Eindruck im Ausland erweckt werden konnte, als wenn die Reichswehr gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages verstoßen hätte, was tatsächlich nicht der Fall war. Es ist allerdings richtig, daß das Reichswehrministerium sich bereits auf das allerhöchste dagegen ausgesprochen hat, daß die Bestimmungen des Versailler Diktats zur Begründung innerdeutscher Maßnahmen herangezogen

wurden, wie dies leider auch bei dem Verbot des Stahlhelms im Rheinland durch Preußen im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern geschehen ist.“

Das Kabinett Baugoin zurückgetreten

Landeshauptmann Dr. Ender mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Bundeskanzler Baugoin hat dem Bundespräsidenten den Rücktritt des Gesamtkabinetts angeboten. Der Bundespräsident hat den Rücktritt genehmigt und dem



Bundeskanzler Baugoin.

Kabinetts die einstweilige Weiterführung der Geschäfte übertragen. Mit der Kabinettsbildung wurde der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Ender betraut, der sich bereit erklärt hat, diese Mission zu übernehmen. Dr. Otto Ender gehört der Christlichsozialen Partei an.

Englischer Bergarbeiterstreik droht.

Eingreifen der Regierung.

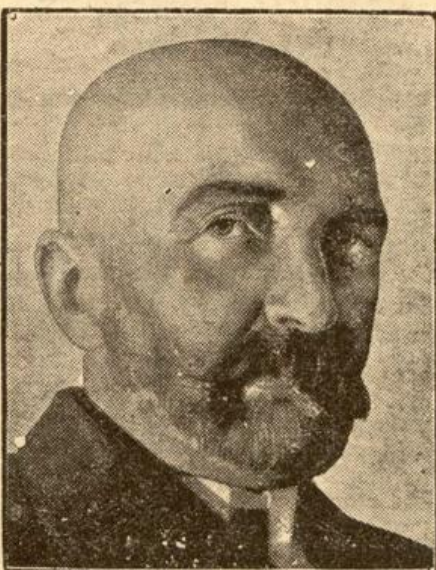
In der englischen Kohlenindustrie ist ziemlich unvermutet eine heftige Krise entstanden. Die Arbeiter drohen mit einem großen Streik. Auf einer Konferenz des Verbandes der Bergarbeiter wurden die Anträge der Unternehmer, in Abstufungen eine längere als 7 1/2 stündige Arbeitszeit in den Gruben durchzuführen, abgelehnt. Da aber die Industriellen fest entschlossen sind, auf ihren Plänen zu beharren, erklärte der Vorsitzende des Verbandes, es sei sehr leicht möglich, daß von Montag ab in Südwales, Schottland, vielleicht auch in Mittelengland gestreikt werde.

Die Regierung bemüht sich mit allen Kräften, den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Sie hat an die Bergwerksbesitzer telegraphiert: „Wir hoffen, daß Sie Vorkehrungen treffen werden, um mit den Arbeitern zu verhandeln und mit ihnen vorläufige Vereinbarungen zu treffen, um die Arbeit fortzusetzen, bis in der nächsten Woche die Bergarbeiterkonferenz wieder zusammentritt. Wir haben den Arbeitern geraten, sich an Sie zu wenden.“ Das Telegramm an die Arbeiter lautete: „Wir fordern Sie dringend auf, sich an Ihre Unternehmer zu wenden und Vereinbarungen über die Arbeit am Montag zu treffen.“ Der Bergarbeiterverband hat darauf seine starre Ablehnung einstweilen zurückgestellt und die Entscheidung bis nächsten Donnerstag vertagt, um inzwischen mit den Industriellen zu verhandeln. Dann erst soll die Entscheidung fallen.

Regierungswechsel in Warschau.

Pilsudski läßt sich von Oberst Slawek ablösen.

Wie amtlich verlautet, hat Marschall Pilsudski in der vertraulichen Sitzung des Kabinettsrats erklärt, daß er mit Rücksicht auf die Uebermüdung und seinen Gesundheitszustand nicht mehr in der Lage sei, die Regierungsgeschäfte als Chef des Kabinetts weiterzuführen. Daher sehe er sich veranlaßt, seinen Rücktritt und den des gesamten Kabinetts einzureichen.



Oberst Slawek.

Mit der Neubildung des Ministeriums in Polen, das mit seinem Leiter Marschall Pilsudski zurücktrat, ist Oberst Slawek betraut worden. Slawek ist Vorsitzender des neugewählten pilsudskitreuen Regierungsblochs, der die Mehrheit der Kammer- und Senatsitze umfaßt.

Er habe seinen Entschluß dem Staatspräsidenten bereits mitgeteilt, der auf seinen Wunsch den Vorsitzenden des Regierungsblochs, Oberst Slawek, der bereits vor der Uebernahme der Regierung durch Pilsudski im August dieses Jahres einige Monate Chef des polnischen Kabinetts gewesen war, mit der Regierungsbildung betraut habe. Sobald Oberst Slawek das neue Kabinett gebildet habe, werde er, Marschall Pilsudski, seinen Rücktritt formell erklären. In politischen Kreisen wird angenommen, daß das Kabinett Slawek keine wesentlichen Änderungen aufweisen wird, und daher die „Regierungskrise“ nur kurze Zeit dauern dürfte.

Kürzung der Löhne in Italien.

Ab 1. Dezember.

Die Vorsitzenden der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der Industrie haben der Regierung ein Lohnabkommen vorgeschlagen, das ab 1. Dezember eine Kürzung der Arbeiterlöhne um 8 Prozent vorsieht. Diese Kürzung soll jedoch nicht angewandt werden bei Arbeitern, die nicht mehr als drei Tage in der Woche beschäftigt sind oder weniger als zwölf Lire täglich in Städten über

200 000 Einwohner und weniger als 8 Lire täglich in anderen Orten verdienen. Für die Angestellten sind folgende Gehaltskürzungen vorgesehen: 8 Prozent für Bezüge von 300 bis 1000 Lire im Monat, 10 Prozent für Bezüge von über 1000 Lire im Monat.

Die Arbeitnehmerverbände sind keine Gewerkschaften im Sinne der in anderen Ländern bestehenden Arbeitnehmervereinigungen. Es handelt sich vielmehr um vom Staate abhängige und beeinflusste Einrichtungen. Die nebenstaatlichen Betriebe verzeichnen ein Defizit von sieben Milliarden Lire in den sieben Jahren der Mussolini-Regierung. Infolgedessen sind neue Einrichtungen dringend erforderlich. Soweit die Zeitungen bei ihrem gebundenen Charakter überhaupt in der Lage sind, zu polemisieren, erheben sie Einspruch gegen die jetzige Lohnsenkungsaktion. Die staatlichen Stellen kämpfen für Senkung der Lebenshaltungskosten. Jetzt haben auch die Industrieführer beschlossen, die Gewinnbeteiligungsquote ihrer Aufsichtsratsmitglieder um 25 Prozent zu senken. Im Verlauf der Preissenkungsaktion ist eine Senkung der Abgeordnetenlöhne um 12 und der Gehälter der Direktoren in der Privatwirtschaft um 12 Prozent beschlossen worden.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 1. Dezember 1930.

Frühling im Winter.

Es ist nicht mehr Frühling, und es ist noch nicht Winter. Was wir aber in den letzten Tagen erlebt haben — wie lange es noch dauert, wer weiß es? —, ist ein offensichtlicher Einbruch des nicht mehr zeitgemäßen Frühlings in den Winter, der jetzt an der Zeit wäre, oder doch beinahe. Wir hatten im Spätnovember Temperaturen, wie wir sie sonst nur im Frühling haben oder vielmehr haben sollten, denn nach allgemeiner Erfahrung ist es im Frühling kalt. So überraschend, wie viele annehmen mögen, ist ein solcher Winterfrühling durchaus nicht. Der Mensch vergißt nur zu schnell, sonst müßten wir alle wissen, daß solche „Sitzewellen“ im Spätherbst gar nicht selten sind, ja, daß sie oft auch im richtigen Winter auftreten. Das mildere Wetter pflegt dann aber immer nur von kurzer Dauer zu sein, und wer da meint, daß wir nun, wo wir den warmen November gehabt haben, auch einen durchweg warmen Winter haben müßten, könnte sich schwer täuschen. Immerhin: bemerkenswert ist es schon, dieser plötzliche Spätlenz, und wenn es auch vielleicht nicht wahr ist, daß schon wieder die Weiden blühen und die Märläfer fliegen, so wird doch von glaubwürdigen Augenzeugen berichtet, daß sich an verschiedenen Bäumen neue Knospen gezeigt haben. Man halte sich das nur vor Augen: in Mitteleuropa und höher hinauf, vielleicht gar bis zum Nordpol, Nivieraklima in einem Monat, der als besonders rau verschrien ist! Man weiß nicht, was noch werden mag!

Weihnachtsarbeiten.

Angefangen hat man sie vielfach schon im Sommer: in der Sommerfrische, im Garten, im Strandort an der See. Gebäkelt, gestickt, gestrickt hat man. Man zog den Faden durch Samt und Seide, reichte mechanisch Masche an Masche und träumte darüber weg in grüne Einsamkeit, in blaue Weiten hinaus. So nähie und stidte und häfelte und stridte man jeden Tag. Nur — fertig wurde nichts dabei. Aber Weihnachten war ja auch noch „sooo“ lange hin. Nun ist es jedoch mit einmal gar nicht mehr lange hin. Und so hebt wieder ein großes Stiden und Stideln an. Dugende von stinken Frauenfingern sind dabei, bunte Seidenfäden auf und ab zu ziehen und zu allerhand Maschenwert zu verschlingen. Zu Weihnachten gehört nun mal die Weihnachtsarbeit. Es hat ja auch so viel Reiz, still und heimlich im warmen Zimmer zu sitzen, irgendein kleines kunstvolles Gebilde entstehen zu sehen und sich dabei auszumalen, was „sie“ oder „er“ für erlaunten Augen machen wird, wenn man ihm oder ihr das Wunderwerk unter dem Christbaum überreicht. Ist es ein „er“, dann sind solche Zukunftssträume besonders reizvoll. Es gibt freilich auch „ers“, die von Weihnachtsarbeiten nicht viel halten. Es gibt aber andererseits auch Schweßern und Nichten und Stufen, die erklären: „Weihnachtsarbeiten machen? Na so dumm. Kaufen wir lieber was Fertiges!“ Womit sie schließlich auch nicht ganz unrecht haben. Die Poesie geht dabei allerdings ganz verloren. Nun, eine Stelle hat sie sich doch noch gerettet. Bei den Kindern ist die Poesie noch zu Hause. Die lassen sich die Weihnachtsarbeiten nicht nehmen, arbeiten mit der Laubsäge und kleben und häkeln, wenn sie Buben sind, und stiden und striden als kleine Mädels. Und wollen wir wetten? Wenn die Jünglinge der Mutter unter dem Weihnachtsbaum den ersten selbstgestrickten Seislapfen überreicht, gilt der Mutter dieser Seislapfen als das schönste Weihnachtsgeschenk.

Halver

—I Die Personenstandsaufnahme in der Gemeinde Halver hatte folgendes Ergebnis: 7947 (7959) Einwohner; in der Gemeinde Schalksmühle 2566 (2587) Personen. Das Amt Halver zählt demnach 10513 (10546) Einwohner. Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres.

—& Mit dem gestrigen ersten Adventssonntage sind wir, da mit dem Sonntage vorher, dem Totensonntage, das alte Kirchenjahr zu Ende ging, in das neue Kirchenjahr eingetreten. In beiden Seiten der Kanzel erglänzten die beiden Adventsterne in ihrem Lichte. Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“, so erschallte das alte Adventsfernlid durch das Gotteshaus. Pfarrer Stommel legte seiner Predigt das Bibelwort Jeremias 31, 31 zu Grunde. Er zeigte uns in verheißungsvollen Worten die Sicherheit und Verheißung dieses neuen Bundes. Die Adventszeit leitet uns nun allmählich hinüber zu der Zeit der Erfüllung zu dem Weihnachtseste.

—> Die Einweihung der katholischen Kirche findet nunmehr bestimmt am 14. Dezember statt. Bis dahin ist auch das daneben befindliche Wohnhaus des Vikars Buchen fertig zum Einzug. Augenblicklich sind in der Kirche wie auch im Wohnhaus nur noch Anstreicher an der Arbeit. Am gestrigen Sonntag konnten die von den Steeler Schreinergehilfen und -Lehrlinge geschenkten Gegenstände beichtigt werden und fanden allgemeine Anerkennung.

—I Die Sammlung für die Kriegsgräberfürsorge, veranstaltet vom Landwehrverein Halver, hat die Summe von 280 RM. ergeben.

—& Gestern nachmittag hielt die hiesige Freiwillige Feuerwehr im Hotel zur Post eine Versammlung ab, die gut besucht war und gegen 5 Uhr durch den Brandmeister August Brückmann eröffnet wurde. Derselbe gedachte zunächst mit ehrenden und anerkennenden Worten des am 24. Mai d. J. verstorbenen Mitgliedes, des Anstreichermeisters Robert Barkling. Derselbe war noch einer von den Mitbegründern der Wehr und hat bis ins hohe Alter das Amt als erster Steigerführer bekleidet. Sein Andenken werde in der Wehr weiterleben. Zu seiner Ehren erhob sich die Versammlung von der Szene. Als dann erstattete der Brandmeister August Brückmann Bericht

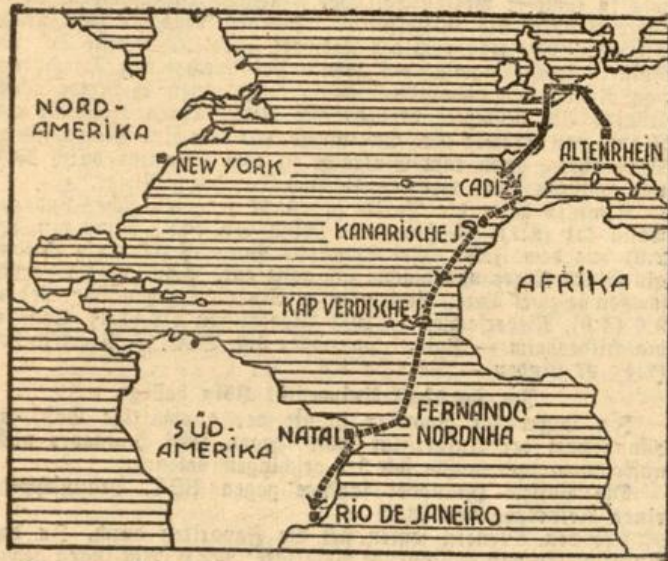
Feuer auf „Do X“.

Ein Flügel beschädigt. — Trotz dem Ozeanflug. Auf dem deutschen Flugschiff „Do X“, das seit einigen Tagen auf dem Tejo in Lissabon vor Anker liegt und am Sonntag nach Cadix fliegen sollte, brach ein Brand aus, durch den einer der Flügel des „Do X“ zerstört wurde. Das Feuer war so heftig, daß man zuerst den Eindruck hatte, als ob das ganze riesige Flugschiff in Brand fände. Aber nur die empfindliche Verkleidung am linken Flügel war in Brand geraten. Dieser Teil ist verbrannt, so daß von ihm nur noch das Gerippe übriggeblieben ist. Der übrige Teil des Flugschiffes blieb dank der Aufmerksamkeit der Besatzung unbeschädigt.

Der Flug wird nach Ausbesserung der Schäden fortgesetzt werden. Der Unfall hat auf den geplanten Ozeanflug keinerlei Einfluß.

Wie ein Vertreter der Dornier-Werke mitteilt, ist die Ursache des Brandes im linken Flügel des „Do X“ darin zu suchen, daß in einem Motor im Hilfsmaschinenraum beim Aufladen der Batterien Kurzschluß entstand.

Der Weg des Südamerikafuges des „Do X“.



der mit seiner Landung in Lissabon das Ziel seines Europafuges erreicht hat. Nach einer gründlichen Überholung in Cadix soll am die Jahreswende der Weiterflug über die Kanarischen Inseln, die Kapverdischen Inseln, die Insel Fernando Noronha, die brasilianische Hafenstadt Natal nach Rio de Janeiro angetreten werden. An den vier Zwischenlandestellen werden Brennstofflager errichtet, die eine glatte Durchführung des Fluges gewährleisten sollen.

„Do X“ soll in vier Wochen wieder flugklar sein.

Zu dem Brand, der am Sonnabendnachmittag an Bord des Flugschiffes „Do X“ ausbrach, wird ergänzend gemeldet, daß die Konstruktion des Flügels nicht in Mitleidenchaft gezogen worden ist. Von Friedrichshafen und Altenrhein wurden die erforderlichen Ersatzteile sofort telefonisch angefordert, ebenso die notwendigen Mannschaften. Außer dem linken Flügel ist nichts beschädigt. Bei Brandausbruch befanden sich fünf Mann an Bord.

Amtliches Bremer Wahlergebnis.

In Bremen-Stadt hatten die Bürgerschaftswahlen folgendes Ergebnis. (In Klammern die Zahlen der Reichstagswahl.) SPD 55 807 (62 456), DVP 9009 (12 045), Zentrum 4338 (4814), KPD 19 798 (23 493), DVP 22 756 (33 517), Staatspartei 6682 (11 502), Wirtschaftspartei 3362 (7482), Haus- und Grundbesitz 8730 (6659), NSDAP 45 703 (22 032), Konservative Volkspartei 1894 (7277), Christlichsozialer Volksdienst 1393 (1559), Komm. Opp. 799 (—).

Bremerhaven: SPD 3947 (5847) 3 Mandate (4), Nationale Volkspartei 1820 (2095) 1 Mandat (4), Demokraten und Jem-

trum 1121 (404) 1 Mandat (1), DVP 1215 (969) 1 Mandat (—), KPD 1349 (1716) 1 Mandat (—), NSDAP 1 622 (2632) 0 Mandate (—), NSDAP II 2214 3 Mandate (0).

Die Wahlen in Bielefeld Stadt und Land.

Die Stadtverordnetenwahlen in Bielefeld hatten folgendes amtliches Ergebnis (in Klammern die Zahlen der letzten Reichstagswahl). SPD 29 371 (32 000) 22 Mandate (19), DVP 3114 (3500) 2 Mandate (3), Zentrum 3122 (3350) 2 Mandate (2), KPD 4068 (4750) 3 Mandate (2), Konservative Volkspartei und Deutsche Volkspartei 4291 7600 3 Mandate (9), Staatspartei 1175 (3100) 0 Mandate (2), Wirtschaftspartei 5834 (6100) 4 Mandate (5), NSDAP 17 029 (11 600) 12 Mandate (2), Evangelischer Volksdienst 3906 (3400) 2 Mandate (2), Stadtwächterpartei 974 (—) 1 Mandat (—).

Die Kreistagswahl.

Die Wahl zum Kreistag Bielefeld-Land ergab folgendes Resultat. (Die Zahlen vom 14. September 1930 in Klammern): SPD 13 575 (15 100) 10 Mandate (14), DVP 3317 (3300) 3 Mandate (4), Zentrum 674 (800) 0 Mandate (1), KPD 1379 (2000) 1 Mandat (1), DVP und Konf. Volksp. 2046 (1900 bzw. 400) 2 Mandate (3 bzw. 0), Staatspartei 334 (900) 0 Mandate (1), NSDAP 6403 (5100) 5 Mandate (0), Evang. Volksdienst 3544 (3950) 3 Mandate (2), Wirtschaftspartei 938 (1250) 1 Mandat (2). Hier haben alle Parteien einschließlich der SPD mit Ausnahme der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen gegen den 14. September 1930 einen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Von den 25 Mandaten entfallen 14 auf die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten, 10 auf die Sozialdemokraten und eines auf die Kommunisten.

Dingelden Erster Parteivorstand.

Scholz Ehrenvorsitzender. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag im Preussischen Landtag zusammen, um ein neues Organisationsstatut der Partei zu beschließen und den neuen Parteiführer zu wählen. Auf Vorschlag des Geheimrats Kahl wählte der Zentralvorstand einstimmig ohne Gegenvorschlag durch Zuzug der Abgeordneten Rechtsanwalts Dingelden zum 1. Parteivorstand. Dingelden nahm die Wahl an. Er erklärte, sein erstes Gedenken gelte dem großen Gründer der Partei, Stresemann, in dessen Geiste er arbeiten und kämpfen wolle. In besonderen Worten gedachte Dingelden des zurückgetretenen Parteivorstandes Dr. Scholz, dem die Partei unverbrüchlich verbunden bleibe und stets der loyale Partner Stresemanns gewesen sei. Der Zentralvorstand ernannte Dr. Scholz zum Ehrenvorsitzenden der Partei und sandte ihm ein in herzlichen Worten gehaltenes Begrüßungs- und Danktelegramm nach Locarno.

Im Blutanschlag.

Feuergeschehen mit einem Wahnsinnigen. In Brünn hat sich ein aufsehenerregender Vorfall abgespielt. Der Schneider Soukup, der in einem einstöckigen Häuschen wohnt, hatte den Arbeiter Kahnel durch einige Stiche in den Bauch schwer verletzt. Darauf verbarrikadierte sich Soukup in seiner Wohnung und begann in alle erleuchteten Fenster der Nachbarschaft und auch auf vorübergehende Personen zu schießen. Polizei, Feuerwehr und eine Rettungsabteilung kamen in Kraftwagen angefahren. Alle Versuche, den Tobenden zur Vernunft zu bringen, mißlangen. Soukup setzte die Schießerei fort und gab etwa 40 bis 50 Schüsse ab. Schließlich sah sich die Polizei gezwungen, das Haus Soukups unter Feuer zu nehmen. Daraufhin steckte Soukup seine Wohnung in Brand. Als nun die Feuerwehr in das Haus einbrach, fand sie den Schneider mit einer Schußwunde im Unterschenkel und einem Schläfenbruch tot vor. In seinen Taschen befanden sich noch zahlreiche Patronen.

In einer verzweifeltten Lage befanden sich die Frau und das sechsjährige Söhnchen des Wahnsinnigen während der Schießerei, die den Verlauf der Tragödie unter einem Tisch lauernd mit ansahen und erst von der Feuerwehr befreit wurden.

Der Hunger nach Gold.

Ein ungetreuer Bantier.

Der Bankier Securulus in Berlin hat sich im Polizeipräsidium mit der Angabe gestellt, daß er 200 000 Mark Depotgelder unterschlagen habe. Securulus wurde festgenommen. Die Bücher des in Zahlungsschwierigkeiten befindlichen Bankhauses wurden beschlagnahmt.

Unterschlagene Genossenschaftsgelder.

Der aus Köln stammende Direktor Will Stedel ist wegen Betruges in Nürnberg verhaftet worden. Stedel gründete die Rheinische Schnellbaugenossenschaft in Köln und eine Zweigniederlassung in Nürnberg. Von den Mitgliedern der Genossenschaft wurden zur Erbauung von Eigenheimen etwa 190 000 Mark Bargeld einbezahlt. Einen großen Teil des eingezahlten Genossenschaftsgeldes hat Stedel für sich gebraucht.

Beleidigungsprozeß gegen den Staatssekretär Dr. Abegg.

Der Angeklagte wird freigesprochen.

In Berlin wurde ein Prozeß verhandelt, den der Senatspräsident beim Oberverwaltungsgericht Grühner gegen den Staatssekretär Dr. Abegg angestrengt hatte. Der Staatssekretär hatte seinerzeit, als sich die Beamten des preussischen Innenministeriums von dem zurückgetretenen Innenminister Grzesinski (dem jetzigen Polizeipräsidenten von Berlin) verabschiedeten, in einer Abschiedsansprache gesagt, daß Grzesinski ein Opfer feiger Verleumdungen geworden sei. Dadurch fühlte sich der Senatspräsident Grühner, der durch einen an den preussischen Ministerpräsidenten Brauns gerichteten Brief den Anlaß zum Rücktritt Grzesinskis gegeben haben soll, beleidigt.

Der Verteidiger des Staatssekretärs erklärte, daß Dr. Abegg in seiner Rede nicht auf Grühner angepielt habe. Grzesinski sei von seinem Amte als Minister zurückgetreten, weil er die Flut von verleumderischen Angriffen, die gegen ihn gerichtet worden seien, nicht mehr ertragen könne. Der angeklagte Staatssekretär wurde auf Kosten des Privatklägers freigesprochen.

Eine Bauernkundgebung gegen Zwangsversteigerungen.

Demonstration mit schwarzer Fahne.

Zu einer großen Bauernkundgebung hatten die Kreisgruppe Uesedom-Wollin des Pommerischen Landbundes und das Landvolk im Uesedomer Winkel aufgerufen. Die Veranlassung hierzu gaben zwei Zwangsversteigerungen bei Landwirten in den Ortschaften Jecherin und Gneventhin. Der Kreisgeschäftsführer des Landbundes wandte sich gegen die ländlichen Zwangsversteigerungen und protestierte gegen das heutige Regierungs- und Steuersystem. Die Versammlung forderte einstimmig die

Aufhebung der Zwangsversteigerungen.

Ein Demonstrationzug, dem eine schwarze Fahne vorangetragen wurde, bewegte sich dann nach dem Bauernhof in Jecherin, wo mehrere hundert Zentner Getreide versteigert werden sollten. In letzter Stunde war jedoch der Termin abgesagt und dem Schuldner eine Frist von einer Woche eingeräumt worden. Darauf zogen die Demonstranten nach dem Nachbarhof Gneventhin, wo Getreide versteigert werden sollten. Dabei brachten sie ihren Protest gegen die Zwangsmassnahmen in einer weiteren Kundgebung zum Ausdruck.

Die internationale 13

ROMAN

VON J. SCHNEIDER-FOERSTL

URHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA.

18)

Wieder auf dem Sofa liegend, lachte er herauszuklügeln, was es mit dieser Bildergalerie für eine Bewandnis haben könnte. So ganz ohne irgendwelchen Grund würden diese Knöpfe doch nicht in dem Mantel eingnäht sein. So sehr er aber auch sein Gehirn anstrenzte, er fand es nicht. Vielleicht kam Tanden dem Rätsel auf die Spur. Inzwischen gellte draußen die Klingel.

Mit einem Satz war er an der Tür und stieß den Riegel vor. Er hörte keine Haushälterin mit jemand sprechen und verließ darauf ein Klopfen an der Holzfüllung.

Er antwortete mit einem Gähnen: Er möchte jetzt Ruhe haben, wenn es nicht dringend wäre.

„Es ist sehr dringend“.

Er warf sich auf den Diwan, ließ die Federn hochspringen, fand leise auf, legte geräuschlos die Knöpfe zusammen und verließ sie in das Geheimfach seines Schreibtisches. Dann nahm er die Mantelteile und stopfte sie in den Kleiderschrank.

Mit etwas zerzaustem Haar steckte er einige Minuten später den Kopf durch den Türspalt. „Was gibt es?“

Er hätte beinahe aufgeschrien. Im Flur, der sein Licht durch ein Fenster erhielt, erkannte er sofort eines der Männergesichter, das er auf den Knöpfen gesehen hatte.

Die Flüge des draußen Wartenden wirkten eigentlich viel älter, beinahe greisenhaft. Aber es gab keinen Zweifel für ihn, daß er es mit einem der internationalen „Dreizehn“ zu tun habe.

Ronald wurde sehr liebenswürdig und nickte dem schüchtern Dastehenden ermunternd zu.

Der Mann stammelte etwas von trostlosen Verhältnissen und dauernder Arbeitslosigkeit — einer Frau mit sieben Kindern zu Hause, die so viel wie unbekleidet wären, ob nicht irgendein Gewandstück billig zu verkaufen wäre oder zu verschenken sei.

Ronald zuckte bedauernd die Schultern. Sein Verstand arbeitete fieberhaft und hatte schon in den nächsten Sekunden begriffen: Der Kerl sollte den Mantel zurückholen. „Zu spät, Burischel!“ Vielleicht, wenn er eine halbe Stunde früher gekommen wäre? — Er nahm eine abweisende Miene an. Abgelegte Kleider wären nicht in seinem Besitz. Aber er hätte Bekannte, die gerne geben würden. Wenn er ein paar Minuten warten wollte, könnte er selbst mit hinübergehen, da er ohnedies in der Familie habe Besuch machen wollen.

„Er geht in die Falle.“ dachte Ronald befriedigt und gebot seiner Haushälterin, dem Fremden ein Butterbrot zu verabfolgen. Er lächelte sofort und wollte nur seine Toilette vervollständigen.

Fünf Minuten später trat er mit dem Fremden auf die Straße. Auf der anderen Seite der Fahrbahn gingen zwei Herren, die ihn mit einem trappen Lächeln des Hutes begrüßten. Es war demütigend, wie rasch die Polizei hier arbeitete. Seit seinem Telefonanruf waren noch keine drei Minuten vergangen.

Beinahe gleichzeitig überquerten die vier Männer die Fahrbahn. Dann blieben die beiden anderen Herren Ronald und seinem Begleiter im Rücken.

Als der junge Detektiv die Richtung nach der Polizeistation einschlug, stützte der Fremde — sah sich um — gab Ronald einen Stoß vor die Brust und fühlte sich in den nächsten Sekunden von vier Händen festgehalten.

Die beiden Kriminalbeamten hatten Mühe, den Widerstrebenden zu überwäligen. Als er das Zwecklose seines Widerstandes einsah, stieß er wilde Verwünschungen aus.

Ronald konnte sich's nicht verlagern, nebenherzugehen. „Sie haben sich nicht gut geschminkt, mein Vieber.“ sagte er tadelnd. „Ihr Konterfei auf den Knöpfen des Mantels stimmt ziemlich genau mit der Wirklichkeit überein.“

Der Verbrecher hob die Hand und ließ sie wehrlos sinken. Ehe einer der anderen etwas dachte, hatte er einen gelben Pfiff ausgestoßen. Obwohl niemand straßauf und -ab zu sehen war, hatte Ronald die feste Ueberzeugung, daß das ein verabredetes Signal gewesen und irgendeinem geolten hatte.

Nach einer Weile überließ es ihn kalt. Er überließ den Gefangenen den beiden Schupo und rannte den Weg nach seiner Wohnung zurück.

Knapp ehe er die Haustüre erreicht hatte, pfiff ihm eine Kugel um die Ohren. Er ließ das Tor einschellen und sprang die Treppe hinauf. Niedergeschmettert glitt er in seinem Zimmer auf einen Stuhl. Das Geheimfach seines Sekretärs stand offen, die Knöpfe waren weg. Desgleichen der Mantel, den er in den Schrank verstaute hatte.

Nun wußte er auch, was das Signal hatte belagen wollen: Es war das verabredete Zeichen gewesen, wenn sich das Kleidungsstück in seinem Besitz fand. Daß er diese Tatsache durch seine unvorsichtige Äußerung selbst verraten hatte, war unversehlich.

Er brauchte eine lange Weile, bis er sich über dieses Mißgeschick getrostet hatte. Immerhin: die Gesellschaft dezimierte sich zulehends. Wenn es Tanden noch glückte, Alfen in die Hand zu bekommen, würde die „Dreizehn“ bald aufgerieben sein. Er verhehlte sich aber keineswegs, daß es noch eine gute Weile haben würde bis dahin.

Er war sehr unzufrieden mit dem Heute. Die junge Dame wäre ihm als Gefangene entschieden lieber gewesen, als der dumme Kerl, dem er vorher die Falle gestellt hatte. Frauen waren viel leichter zum Sprechen zu bringen als Männer. Vielleicht brachte ihm der Zufall einmal einen Volltreffer. Dann würde er seine Sache besser machen.

Mit diesem Vorlatz legte er sich abends in sein Bett, hob den Kopf noch einmal und lachte. Nun brauchte er Tanden nicht mehr zu bemühen, das Rätsel der Knopfgalerie für ihn

zu lösen. Er hatte es selbst gefunden.

Trotz seiner ausgesprochenen sensiblen Natur, hatte er doch keine Ahnung, in welcher Gefahr sich Tanden in eben dieser Stunde befand.

Alfen hatte am Nachmittag das Chiffretelegramm aus Hamburg erhalten und war für den Moment etwas beunruhigt gewesen. Mit der ihm eigenen Kaltblütigkeit hatte er sich aber sofort wieder gefaßt und der Situation gewachsen gezeigt.

Erst eine volle Stunde später lief Ronalds Depesche in Scotland Yard ein. Tanden war eine bekannte aber auch eine geschätzte Persönlichkeit dort. Zwei der Herren machten sich sofort bereit, nach dem Flugplatz zu fahren, um den deutschen Kollegen in Empfang zu nehmen und ihm zu sagen, daß das Haupt der „Dreizehn“ von seiner Ankunft unterrichtet sei. Da er mit dem fahrplanmäßigen Luftkreuzer von Hamburg nicht ankam, mußte man warten, bis ein Privatflugzeug starten würde.

Es wurde später Nachmittag, ohne daß ein solches eintraf. In Scotland Yard begann man besorgt zu werden. Die Apparate arbeiteten und funkten nach allen Richtungen.

Nirgends war ein deutsches Flugzeug gesichtet worden. Man erwog schon, ob das Telegramm, das in Scotland Yard eingelaufen war, nicht eine Finte gewesen sein könnte, um irgendwelche andere Machenschaften der internationalen Bande damit zu verdecken. Eine Nachfrage in Hamburg aber bestätigte die Richtigkeit der Depesche. Demnach konnte nur mehr ein Unglücksfall in Frage kommen.

Wieder arbeiteten die Apparate und Beamte von Scotland Yard mit höchster Tätigkeit. Gegen Mitternacht lief von Edinburgh die Nachricht ein, daß um die siebente Abendstunde ein deutscher Eindecker mit dem Kurs nach Nordwest gesichtet worden sei.

Man schüttelte den Kopf. Jedenfalls war es nicht der, welcher Tanden nach London hätte bringen sollen.

Er war es aber trotzdem. Erst spät, lange nachdem der Detektiv mit dem Flugzeug den Wolkens zutrieb, gedachte er Minons Warnung, sich keinem Piloten anzuvertrauen, den er nicht kenne.

Der junge Führer war ihm vollkommen fremd. Dessen Eindruck war allerdings Vertrauen erweckend. Aber Tandens logenannter letzter Sinn, der ihn schon in mannigfachen Gefahren gerettet hatte, wurde durch dieses Erwachen an Ninon sofort in Tätigkeit gesetzt.

Er ließ den Piloten nicht mehr aus den Augen, verfolgte jede Bewegung seiner Hände, jede Richtung seines Blickes. Gleichzeitig kontrollierten seine Augen mit aller Schärfe Kompaß und Höhenmesser.

Zu seinem Erstaunen nahm er wahr, daß sie nicht die Richtung nach Westen, sondern eine ausgesprochen nördliche einschlugen. Eine Weile verhielt er sich scheinbar vollkommen uninteressiert. Dann überraschte er seinen Führer mit der Frage, wohin er ihn eigentlich zu bringen gedachte.

(Fortsetzung folgt.)

Thale (Harz). Selbstmordversuch durch Hunger. Ein hier von seinen Angehörigen getrennt lebender älterer Arbeiter wollte, nachdem er seine letzten Lebensmittelvorräte aufgezehrt hatte, Hungers sterben. Er schloß sich in seine Wohnung ein und legte sich ins Bett. Als nach 14 Tagen Hausbewohner ihn vermißten, drang die Polizei in die Wohnung ein. Der völlig abgemagerte Mann stürzte sich mit einem Beil auf die Beamten, die ihn aber überwältigten und in das Quedlinburger Krankenhaus brachten.

Göttingen. Freiwillige Winterhilfe. Vor einigen Wochen hat das „Göttinger Tageblatt“ die Anregung zu einer freiwilligen Winterhilfe für die große Zahl der Notleidenden in Göttingen gegeben. Jetzt fand in dieser Sache eine Verammlung verschiedener Organisationen statt, an der sich auch das Wohlfahrtsamt beteiligte.

Minden i. W. Der Tod unterm Pferdegespann. Auf der Landstraße von Hille nach Südhemmern wurde ein Kassenbote namens Gerson von durchgehenden Pferden überrollt und überfahren. Der Tod trat infolge Schädelbruchs und Halswirbelbruchs auf der Stelle ein. Die Pferde waren vor einem vorbeifahrenden Motorrad gesteht.

Barel. Mordverdacht gegen den Einbrecherführer. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei bei der Aufklärung der verschiedenen Bandendiebstähle nehmen größeren Umfang an. Es gelang jetzt wiederum, einen der Hühlerführer Arbeiter Fr. aus Altjührden festzunehmen. Bisher sind der Bande 20 Einbrüche nachgewiesen worden, von denen das Diebesgut auf der Polizeiwache in Barel lagert. Gegen den verhafteten Hoffmann ist weiter der Verdacht des Mordes aufgetaucht, den er an einen Gendarmenbeamten in Schlesien begangen haben soll. Man fand auf dem Boden eine Uniformmütze, die Ein- und Auslauflöcher aufwies und von diesem Mord herrühren soll. Hoffmann soll sich überhaupt einen falschen Namen zugelegt haben. Die Angelegenheit unterliegt der weiteren Ermittlung durch den Untersuchungsrichter.

Geestemünde. Raubüberfall auf eine Sparkasse. In die Kassenräume der Sparkasse in Beverstedt (Kreis Geestemünde) drangen zwei maskierte Männer mit vorgehaltenen Revolvern ein, während zwei Komplizen im Hausflur Wache hielten. Die Räuber zwangen den Kassierer zur Herausgabe des Geldes in Höhe von etwa 7000 Mark. Ehe die Polizei benachrichtigt werden konnte, waren die Täter in einem bereitstehenden Kraftwagen geflüchtet. Die Räuber fuhrten in Richtung Bremen und konnten noch nicht ermittelt werden.

Brochterhagen (Kr. Rehdingen). Von einer Sturmflut überrascht. Aus dem Fleth wurde die Leiche des Ziegeleiarbeiters Dietrich Meyer gezogen. Er war Sonntagabend im Dorfe gewesen und hatte sich bei Einbruch der Dunkelheit auf den Weg zur Hageligen Ziegelei gemacht, wo er beschäftigt war und auch wohnte. Auf dem Wege muß er vom Sturm erfaßt und ins Wasser des Fleths geschleudert worden sein.

Der Untermieter als Mörder seiner Wirtin. In Berlin wurde die 67 Jahre alte Konfitürenhändlerin Anna Matzke in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Als Täter kommt ein Arbeiter Baum, der vor wenigen Tagen als Untermieter zu der alten Frau gezogen war, in Frage.

Ein Bettler, der nur geistige Nahrung wünscht. In einer Buchhandlung in Arnswalde erschien ein wenig einladend aussehender Bettler, der zum Erstaunen des Inhabers erklärte, daß er nur etwas „geistige Nahrung“ wünsche. Auf die Frage, was für Lektüre er haben wolle, erwiderte er, daß er z. B. „Die Ahnen“ von Gustav Freytag oder ein paar wissenschaftliche Zeitschriften gebrauchen könnte. Man gab ihm einige Hefte, worauf er sich, offenbar sehr beglückt, wieder entfernte.

Einer, der sich selbst sein Grab schaufelt. Auf seltsame Art beging ein Gastwirt aus Tahnisdorf bei Dahme in der Mark Selbstmord. Er ging in der Nacht auf den kleinen Friedhof, der vor der Ortschaft liegt, und schaufelte sich dort selbst ein Grab. Als der Morgen graute, war er mit der Arbeit fertig. Er legte dann einen kleinen Baumstamm über die Gruft und erhängte sich daran.

Tödlicher Absturz eines Dreizehnjährigen. Der 13jährige Otto Duschner aus Völklingen, der sich in einem Pinderheim bei Mittelberg in Vorarlberg zur Erholung aufhielt, ist von der Seilspitze etwa hundert Meter tief abgestürzt. Er blieb mit zerschmetterter Schädeldecke tot liegen.

Die Erbschaft der Zofe. Doris Chuthia Cambridge, die Frau des reichen merikanischen Bankiers Cambridge, die früher Nebenfängerin war, ist in London nach einem Sturz mit dem Pferde gestorben. Ihr Vermögen in Höhe von 200 000 Mark hat sie ihrer Zofe hinterlassen.

Schlechte Weihnachtsperspektiven.

Die wirtschaftliche Lage des Handwerks im November. Vom Reichsverband des deutschen Handwerks wird geschrieben: Der Monat November pflegt stets zu den geschäftlich stillsten Monaten im Handwerk zu zählen. In diesem Jahr war der Rückgang unter dem Einfluß der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage besonders stark fühlbar. Infolge der großen Kapitalnot und der allgemeinen Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Wirtschaft sank die Bautätigkeit beinahe völlig zum Stillstand.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

der Reichsregierung vermochte nur vereinzelt noch eine geringe Belebung des Baumarktes zu bringen. Auch die Baunebengewerbe hatten, abgesehen von notwendig werdenden Reparaturarbeiten, fast keine Aufträge zu verzeichnen. Vor allem in den Auszubereiten ruhte die Tätigkeit mit Rücksicht auf die nasse Witterung fast völlig. Die Zahl der arbeitslosen Gehilfen stieg infolgedessen beträchtlich. — Von den wenigen Handwerksberufen, für die der November mit zur Hauptgeschäftszeit gehört, wird berichtet, daß die in diese Zeit gesetzten

hoffnungen in keiner Weise erfüllt

sind. Die Nahrungsmittelhandwerke weisen trotz gefallener Preise einen weiteren Rückgang ihrer Umsätze auf. Auch im Schneiderhandwerk hat die Saison ein vorzeitiges Ende gefunden. Im Sattler-, Tapezierer-, Uhrmacher- und Juwelierhandwerk ist die sonst in der zweiten Hälfte des Monats spätestens eintreffende Nachfrage nach Geschenkartikeln für das Weihnachtsfest nahezu völlig ausgeblieben. Man erwartet infolge der geringen Kaufkraft des Publikums auch

kein lebhaftes Weihnachtsgeschäft.

Eine leichte Belebung für das bevorstehende Weihnachtsfest ist bislang lediglich vom Möbelschmuckhandwerk gemeldet. Gehoben hat sich die Beschäftigung auch beim Elektroinstallateurhandwerk, das durch verstärkte Lichtreklame und die Anlage von Radiempfangsgeräten vermehrte Aufträge zu verzeichnen hatte. — Abgesehen von der allgemeinen Wirtschaftslage und geschwächten Kaufkraft der Kundschaft glaubt das Handwerk den schlechten Geschäftsgang auf die Preisentwertung, die die Regierung zurückschleichen zu müssen. Die Bevölkerung erwartet unter dem Druck der behördlichen Maßnahmen starke Preisrückgänge und hält daher mit der Auftragserteilung zunächst zurück.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage entsprechend der Beschäftigung der Betriebe verschlechtert. Die Zahl der erwerbslosen Handwerksgehilfen hat weiter zugenommen und damit auch die Klagen über die Schwarzarbeit Erwerbsloser. Meldungen über Lohnsenkungen liegen nicht vor.

Die Zahlungsweise der Kundschaft hat mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit eine weitere Verschlechterung erfahren. Die finanzielle Lage der Betriebe gestaltet sich dadurch immer schwieriger. Anträge auf Steuerfindung und -erlaß usw. nehmen infolgedessen zu. — Die Beschaffung der benötigten Rohstoffe und Materialien bereitet keine Schwierigkeiten.

Ein Lloydampfer in Flammen.

In schwerer Seenot.

Auf dem 6000 Tonnen großen Lloydampfer „Ludwigshafen“ ist ein Brand ausgebrochen. Der bei Kap Mala im Golf von Panama brennende Dampfer befindet sich in schwerer Seenot.

Eisenbahnzusammenstoß in Lüneburg.

Bier Wagen entgleist, sieben Personen verletzt.

Der von Harburg nach Uelzen verkehrende Personenzug 820 fuhr bei der Einfahrt in den Bahnhof Lüneburg am 15. 11. Uhr auf der Westseite auf zwei im Nebengleis stehende Güterwagen auf, die in das Profil des Hauptgleises hineinragten, wobei der Packwagen und drei Personenwagen dieses Zuges entgleisten. Verletzt wurde der Zugführer durch eine Armverrenkung, der Heizer durch eine leichte Beinverletzung. Fünfzehn Reisende des Zuges wurden leicht verletzt. Die Strecke ist vorübergehend gesperrt, der Betrieb wird eingleisig aufrechterhalten. Die Untersuchung über den Unfall ist eingeleitet.

Ergänzend wird hierzu noch folgendes gemeldet: Auf der Strecke, wo sich der Unfall ereignete, werden gegenwärtig Ausbesserungsarbeiten und Schwellenerneuerungen vorgenommen, und auf der Strecke lagerten infolgedessen Baumaterial, Schwellen, Schienen und dergleichen. Der Zusammenstoß ereignete sich da, wo das Hamburger Gleis mit

dem von Buchholz kommenden zusammenstößt und wo die Züge eine Reihe von Weichen passieren müssen. Auf dem Hauptgleis zwischen der Buchholzer und Hamburger Strecke standen zwei Güterwagen, und man nimmt an, daß sie ins Rollen geraten sind und sich der Hamburger Strecke genähert haben. Der Personenzug 820, der hier eine Kurve zu nehmen hatte, streifte seitwärts von vorn mit dem linken Puffer den ersten Wagen und schob ihn ein Stück vor sich her. Dabei ist der Wagen ins Rutschen geraten und hat den zweiten Wagen mit sich gerissen. Der hinter der Maschine folgende Packwagen fuhr infolge des starken Anpralls auf die Lokomotive auf. Der darauf folgende erste Personenwagen schob sich auf den Packwagen, der sich auf die Seite gelegt hatte und riß sich von den weiter folgenden Wagen los, die unter sich mit einander verbunden blieben.

Lissy, die Banditenbraut.

Nüchternes Ende eines Kolportageromans.

Vor einigen Monaten ging eine wildromantische Geschichte durch die Zeitungen: auf einem Laubengelände bei Berlin sollte eine verwegene, selbstverständlich wunderschöne Räuberhauptmännin festgenommen worden sein. „Lissy“ wurde sie genannt, als „die tolle Lissy“ stand sie in den Überschriften, und einige reichshauptstädtische Blätter sprachen von ihr als von der „Räuberbraut“ und von der „Bandenführerin des Südens“, womit jedoch nicht das südliche Europa, sondern Berlin gemeint war. Die „tolle Lissy“ sollte eine ganze Räuberbande angeführt und an der Spitze dieser Bande gewaltige Taten vollbracht haben. Man fühlte sich unbedingt nach Wildwestamerika oder in die Abgründe Rinaldos Rinaldis versezt, wenn man das las oder hörte.

Und nun stand die „tolle Lissy“ vor Gericht und entpuppte sich hier als eine recht harmlose, ängstliche, kaum neunzehnjährige Elisabeth, die nichts, aber auch gar nichts Romantisches an sich hatte. Neben ihr zierten die Anklagebank drei ihrer „Räuberoffenen“, die noch weniger „interessant“ waren als Lissy: ein in Einbrüchen ergauner Schwerkörper und zwei Herren, die von Berufs Schloffer sind und die in einem Auto des Preussischen Landtages zu den gerade fälligen Einbrüchen fuhrten. Von Lissy, der ungeratenen Tochter eines achtbaren Beamten, hieß es, daß sie für die Einbrecher die richtigen „Täp“ ausbaldowert habe — alles aus Liebe, weil sie nämlich ihr junges Herz an den alten Schwerkörper verloren hatte. Ehe sie diesen Mann ihres Herzens kennenlernte, war sie eine ausgezeichnete Schülerin und eine ausgezeichnete Angestellte gewesen. Dann aber war sie so sehr auf die abschüssige Bahn geraten, daß ihr eigener Vater die Anzeige gegen sie erstattete, um sie vor weiterem Abgleiten zu bewahren. Die Sache nahm ein ganz profaisches, durchaus unromantisches Ende: Lissy-Elisabeth wurde zu fünf Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt, während der Herzogsfreund der weiland Räuberbraut für drei Jahre ins Zuchthaus soll. Von den beiden Staatsautofahrern erhielt der eine ein Jahr, der andere sechs Monate Gefängnis.

Der Hofbesitzer Hamkens

von neuem vor Gericht.

Der Anreizung zur Steuerverweigerung beschuldigt. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Königsberg in Preußen begann die Hauptverhandlung in der Strafsache gegen den oft genannten Hofbesitzer Wilhelm Hamkens aus Tetenhüll (Schleswig-Holstein) wegen Anreizung zur Steuerverweigerung und Beleidigung von Mitgliedern der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung. Zu Beginn der Verhandlung gab der 34 Jahre alte Angeklagte die Erklärung ab, daß er jede Aussage zur Sache wie zur Person verweigere.

Schlupfdienst.

Bermischte Nachrichten vom 30. November.

Bergarbeiterstreik in Schottland.

London. Die Gewerkschaften der schottischen Bergleute beschloßen, die Vorschläge der Arbeitgeber abzulehnen. 92 000 Arbeiter sind von der Arbeitseinstellung betroffen.

Mit Mann und Maus gesunken.

Madrid. Bei starkem Sturm ist in der Nähe von La Coruna ein Fischerdampfer gesunken. Fünf Mann der Besatzung sind ertrunken.

Schriftleitung: Wilh. Bell Jr., Halver i. Westf.

Inventar-Verkauf.

Im Auftrage der Wwe. Ernst Geß, Gut Neuenhaus bei Werddahl versteigere ich am Dienstag, dem 2. Dezember, vormittags 10 Uhr beginnend das vorhandene tote Hof-Inventar meistbietend gegen Barzahlung, unter anderm:

2 Mistkarren, 1 Frachtschlitten, 1 Satz Eggen, 2 andere Eggen, 2 Mähmaschinen (eine links, eine rechts), 1 Dreifach, 3 Pflüge, 1 Harke, 1 Wender, 1 Walze, 1 Düngerkreuer, 3 Erntewagen (einen mit Rasten), 1 Zauchefah, 1 Kultivator, 1 Drillmaschine, 1 Dezimalwaage, 1 Schraubstock, 1 Flaschenzug usw.

Die Sachen sind gebraucht und können vorher besichtigt werden.

Ernst Nölle, Auktionator.

Landbund

Sprechtag

in Halver
am Mittwoch, d. 3. Dez. 30,
nachmittags 4-6 Uhr
im Hotel zur Post.



Jungdeutscher Orden
Bruderschaft Halver.

Mittwoch, d. 3. Dez.

Pflichtabend

Möbel

ganze Wohnungs-
einrichtungen

Herde, Betten
auch auf Teilzahl

Schiffeliers

Hagen,
Eiberfelderstraße
94, 96, 98a, 98.

Heimarbel

sch. u. Vitale Verlag
München

„Wer fotografiert

hat mehr vom Leben!“

Das ideal. Geschenk zu Weihnachten sei daher ein

Foto-Apparat!

Das Fotografieren ist nicht mehr teuer, untenstehende Aufführung zeigt Ihnen, daß Sie schon für wenig Geld eine gute, leistungsfähige „Marken-Camera“ kaufen können!

Zeiss-Ikon Box-Tengor	34	11.—
Agfa Box-Camera	69	16.—
Agfa-Billy, Schnellkamera	69	16.—
Agfa-Billette, Taschenkamera	69	36.—
Voigtländer Bessa, Schnellkamera	69	45.—
mit Selbstauslöser	69	42.—

Besichtigen Sie bitte ohne jeden Kaufzwang mein reiches Lager in Foto-Apparaten der Firmen: Agfa, Zeiss-Ikon, Voigtländer, Kodak, Mentor, Ihagee, Plaubel, Orion usw. Jedem Kunden wird kostenlos. Unterricht bis zur vollkommenen Erlernung der Fotografie erteilt!

Foto-Haus

Central-Drogerie Max Müller,
Lüdenscheld, Knapperstraße 19/21,
am Karlsplatz,

Das führende Geschäft für Foto, Kino, Projektion.



Der Herrenschuh
für
höchste Ansprüche

Schuhhaus Erich Eickhoff,
Halver i. Westf., Kronprinzenstraße 14.

Soeben erschienen!

Die neuen evangelischen

Gesang-Bücher

in verschiedenen Preislagen
vorhanden

Buchhandlung Wilh. Bell Jr., Halver.

Schirm- Fabrik

F. Bovet,

Lüdenscheld.

Größte Auswahl!

Billigste Preise!

Eigene Fabrikation.